

75 JAHRE FR

Liebe Leserinnen, liebe Leser, am 1. August 1945 erschien die erste Ausgabe der Frankfurter Rundschau. Sie ist die dritte Zeitung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland erschien. Im Jahr 2020 wird sie also 75 Jahre alt. Daher möchte ich Sie einladen, von Ihrer Zeit mit der FR zu erzählen – denn diese Zeitung hat treue, langjährige Leserinnen und Leser, von denen sich viele kaum oder gar nicht in Leserbriefen zu Wort melden. Was haben Sie im Lauf der Zeit mit Ihrer FR erlebt? Was verbindet Sie mit Ihrer Zeitung? Wenn genug Beiträge zusammenkommen, starten wir nach „Mein 1968“ eine neue Serie mit Ihren Zuschriften. Bis dahin erzähle ich im FR-Blog schon mal ein bisschen, auch wenn ich erst seit 2001 dabei bin. Lesen Sie: frblog.de/75-jahre Ich freue mich auf Ihre Zuschriften! Ihr Bronski

Ein wahres Husarenstück

Zu: „Dumme Mitte“, FR-Leitartikel vom 8. Februar

Die Wahl in Thüringen sollte nicht überbewertet werden, die Prozedur passt in die Narrenzeit. Die FDP gab die Steilvorlage, die CDU deckte dem rechten Lager den Rücken und die AfD erzielte einen Volltreffer, ein wahres Husarenstück. Es war doch klar, dass bei dieser Konstellation die Konservativen keinen linken Ministerpräsidenten wählen. Wie naiv haben sich Herr Ramelow und seine Genossen verhalten, spätestens vor dem letzten Wahlgang hätten die mal ihre Schäfchen zählen sollen. Auch hat das linke Lager wohl versäumt einen wackligen Abgeordneten der Gegenseite auf das andere Ufer zu ziehen.

Unter der Ära Kohl gab es dazu lustige Abende bei „Wein, Weib und Gesang“. Die Ur-Bonner wie Strauß und Wehner hatten in der Aktentasche dicke Bündel in Kuverts. Letztendlich gab es halt eine Eintagsfliege als MP, und Erfurt ist nicht Weimar. Auch ist die Wahl nach den Regeln der parlamentarischen Ordnung verlaufen.

Die politischen Gegner der AfD sollten endlich die AfD ebenfalls demokratisch behandeln (z.B. AfD-Vizepräsidenten in den Parlamenten nicht verweigern) und mit einer besseren Politik dagegen halten. Schließlich ist die AfD ein Ergebnis der neoliberalen Politik aller Bundes-/Landesregierungen!

Berthold Zehetbauer, Hattersheim

Diskussion: frblog.de/debakel

SORRY

In Teilen unserer Auflage sind wir am 14. Februar auf Zeitreise gegangen und haben Martin Blessing wieder zum Commerzbank-Chef gemacht („Blessings Optimismus“, S. 13). Seit Mai 2016 ist jedoch Martin Zielke in dieser Position.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18.30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Claus-Jürgen Göpfert und **Florian Leclerc** moderieren das FR-Stadtgespräch „Städtische Bühnen – alles neu, alles gut?“ Auf dem Podium sitzen Alexandra Stamper-Brown (Deutsche Oper am Rhein), Kulturdezernentin Ina Hartwig, Baudezernent Jan Schneider und Stadtplaner Torsten Becker.
Dienstag, 18. Februar, 19 Uhr
Museum Angewandte Kunst, Schaumainkai 17, Frankfurt

Bascha Mika u. **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der allen guttut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Thomas Kaspar diskutiert über die Frage „Medien 4.0: Ist der Qualitätsjournalismus noch zu retten?“ mit Claudia Pörings, ZDF Börsenstudio, Tim Habicht, Investment-Plattform Fundview, und Pia Kater vom Fondsanbieter Lupus aplha.
Mittwoch, 26. Februar 2020, 19 Uhr
Frankfurter Presseclub, Umlinenstraße 20, Frankfurt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 3. März, 18.30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

AKKs Ohnmacht ließ sich nicht verschleiern

Zu: „AKK-Rücktritt überrascht die CDU“, FR-Politik vom 11. Februar

Schüsse aus dem Hinterhalt

Endlich hat es die unheilige schmierige Allianz aus Blackrock-Heuschrecken, farblosen, deshalb profilierungssüchtigen Junge-Union-Kubans, „Werter“-Union unter kurzzeitigem rühren in brauner Ost-Soße geschafft, AKK sturmreif zu schießen. Ihr Bedauern über den Rücktritt AKKs ist reine Heuchelei. Merz hat es einfach nicht verkraftet, gegen AKK zu verlieren. Wenn Merz es diesmal wieder nicht schafft, hat Kuban umsonst gegen AKK intrigiert. Hoffentlich werden die vielen Schüsse aus dem Hinterhalt – indirekt auch auf unsere Kanzlerin – nicht belohnt. Es gibt jetzt nur noch eine gute und faire Lösung für die CDU und die heißt Laschet – konservativ aber ehrlich und loyal.

Gerhard Müller, Dietzhölztal

Als Leichtgewicht früh durchschaut

Ich bin mit Berichterstattung und Kommentaren der FR zu AKK im Allgemeinen und zu ihrem Rücktritt und ihrer Verzichts Erklärung im Besonderen einverstanden, aber eines scheint mir doch zu fehlen. Da haben wir die Liste der freudianischen Fehlleistungen von AKK seit ihrem Antritt als CDU-Vorsitzende: vom Toilettenwitz über das dritte Geschlecht, der auch im Karneval nicht hinnehmbar ist, über den Youtuber, auf den sie mit Überlegungen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit reagierte, und ihrem Herumeiern zu „Fridays for Future“ – zwar nicht so daneben wie Lindner, aber alles andere als klug –, bis zu ihrem ständigen Beschwören von Parteitagebschlüssen und Einstimmigkeit bei gleichzeitig unfreiwilliger Demonstration ihrer Machtlosigkeit oder vielmehr in der freudianisch-unbewussten, doch notwendig zum Scheitern verurteilten Absicht, diese Ohnmacht zu verschleiern, was in der Cau-

sa „Thüringen“ zuletzt auch öffentlich nicht mehr gelang und im Versuch kulminierte, mit der Aufforderung zu einem anderen Kandidaten anstelle von Ramelow Rot-Rot-Grün den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Aber damit nicht genug: Zweimal versuchte AKK, Außenminister Maas ins Handwerk zu pfuschen, wofür sie dezent von ihrer Förderin und Gönnerin zurückgepfiffen wurde. Und – dies habe ich bis dato auch in der FR nicht gefunden: Stets versucht AKK die Diskurshegemonie zu wahren, indem sie die Grundspielregeln vorgeben möchte, gemäß der auch die öffentlichen Diskurse nach ihrem Dafürhalten und zu ihrem Vorteil, versteht sich, zu führen seien, so mit ihrer ständigen Gleichsetzung der Linken und der AfD und der Äquidistanz zu beiden – obgleich Ramelow de facto ein mittlerer Sozialdemokrat ist, Höcke hingegen der Ultra-Rechtsaußen-Neonazi der AfD. So viel Realitätsverlust, dies nicht zu sehen, kann AKK gar nicht haben – und also redet(e) sie jedenfalls öffentlich wider besseres Wissen.

Und so auch in ihrer Ankündigung vom Montag: „Kanzleramt und Parteivorsitz müssen in einer Hand sein“ – sollte heißen: Ich kann mich nur durchsetzen, wenn ich beides habe. Daraus folgt nach dem modus tollendo tollens, auch „Umkehrschluss“ genannt: Nun habe ich aber nicht Kanzleramt und Parteivorsitz zugleich, also kann ich mich auch nicht durchsetzen. Nein, sie wurde auch in ihrer eigenen Partei längst als politisches Leichtgewicht erkannt und ihr „Eingeklemmtsein“ zwischen zwei Mühlsteinen“, so Bascha Mika (8.2.), tat nur ein Übriges dazu. Manfred Wetzel, Agathenburg

AKK wird vielfach unterschätzt

Wer auf ein schnelles Ende der großen Koalition wettet oder heimlich darauf hinarbeitet, hat die Rechnung ohne Angela Merkel gemacht. Merkel will, koste

es was es wolle, ihre Amtszeit (mindestens) bis zum regulären Ende im Herbst 2021 ausschöpfen. Ihre Bereitschaft, die von ihr asymmetrisch demobilisierte und mittlerweile wankende SPD mit inhaltlichen Zugeständnissen bei Laune zu halten, ist groß.

Der SPD kommt die merkel-sche Machterhaltungstaktik zu pass. Entsprechend gering ist auch unter dem neuen Führungsduo die Bereitschaft, die Groko vorzeitig zu verlassen. Den Preis für Merzels Nachgiebigkeit zahlen ohnehin die Unionswähler.

AKK spekulierte darauf, durch ein vorzeitiges Ende der Groko über eine Minderheitsregierung selbst Kanzlerin zu werden. Merkel hat diesen Plan ihrer einstigen Freundin früh durchschaut und auf eine günstige Gelegenheit gewartet, ihn zu durchkreuzen. Thüringen bot die Chance, Kramp-Karrenbauer in die Parade zu fahren. Aufgrund ihres unentschlossenen Agierens ist AKK zu einem weiteren Opfer der „schwarzen Königin“ geworden. Merkel zeigt sich gegenüber AKK generös und belässt ihr das Amt im undankbaren Verteidigungsministerium.

Die CDU ist unter Merzels Führung zur Partei des schamlosen Zeitgeistsurfens verkommen. Merzels Politik war stets einfach zu durchschauen. Abwarten, bis sich ein politischer Mainstream herausgebildet hat und dann schnell draufhüpfen und die Position besetzen.

Kramp-Karrenbauer hat noch einen Trumpf im Ärmel. Die Moderation der Kür der Kanzlerkandidaten hat sie sich vorbehalten. AKK dürfte von vielen unterschätzt worden sein. Möglicherweise hat Deutschland unter Merkel einmal mehr ein politisches Talent verschenkt. Die CDU, die die Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt hat, benötigt bei ihren beiden wichtigsten Ämtern einen Neuanfang, und zwar schnell.

Alfred Kastner, Weiden

Diskussion: frblog.de/akk-fertig

Anfällig für rechte Umtriebe

Rechte Milieus breiten sich aus: „Braun im Bunt?“, FR-Tagesthema vom 10. Februar

Der Artikel von Evers und Leggewie weist auf ein lange übersehenes Phänomen hin. Allerdings waren die Autoren lange Zeit selbst maßgeblich daran beteiligt, die Zivilgesellschaft zu verklären. Von diesem „dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat erwartete man sich geradezu wundersame Wirkungen jenseits von verkrusteter Wohlfahrtsbürokratie und rauen Märkten. Der amerikanische Soziologe Jeffrey Alexander hat in seinem Buch „Real Civil Societies“ jedoch schon in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts darauf hingewiesen, dass dies möglicherweise ein gefährliches Missverständnis ist, kann es doch davon ablenken, den Staat zu reformieren und Märkte in sinnvoller Form zu regulieren,

damit sie der Gesellschaft dienen und nicht nur wenigen Privilegierten. Die Autoren machen es sich zu einfach, wenn sie reflexhaft wieder die üblichen Verdächtigen, „Marktradikalismus“ und fehlgeleitetes Effizienzdenken, zitieren, um die Anfälligkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen für rechte Umtriebe zu erklären. Die Ursachen sind wohl doch etwas komplexer.

In Deutschland spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine größere Rolle als in vielen anderen Gesellschaften. Das trägt zur Identifikation der Bürger mit der Gesellschaft und zur Stabilität bei. Von daher ist das sicher ein großer Vorteil. Allerdings werden Vereine und Initiativen in kaum einem Land so intensiv mit staatlichen Mitteln ge-

fördert wie in Deutschland. Dadurch sind große, finanzkräftige Bereiche entstanden, die oft intransparent und kaum demokratisch kontrolliert sind. Das gilt für die großen Wohlfahrtsverbände ebenso wie für die vielen bunten Initiativen, in denen so mancher Steuer-Euro versickert, ohne dass ein nennenswerter gesellschaftlicher Nutzen erkennbar ist. Wenn Steuergelder verwendet werden, ist es nur recht und billig, wenn man darauf achtet, dass diese wirtschaftlich und wirksam eingesetzt werden, dass also gut „gemanagt“ wird. Und es wäre anmaßend, die Arbeit dieser Verbände und Initiativen einer kritischen Prüfung zu entziehen, nur weil sie staatsfern und selbstorganisiert sind.

Matthias Schulze-Boing, Offenbach